

Es gilt das gesprochene Wort

„Ukraine 2009: aktuelle Lage und neue Herausforderungen“

von S.E. Yevhen Chornobryvko

*16.02.2009, Ansprache in der Diplomatischen Akademie Wien,
veranstaltet von ebendieser und dem Institut für den Donauraum und
Mitteleuropa - IDM*

**Sehr geehrter Herr Botschafter Dr. Brix,
Sehr geehrter Herr Mag. Reiweger,
Exzellenzen,
Meine Damen und Herren.**

Guten Abend und vielen Dank für die freundliche Einführung und
Einladung, heute hier zu Ihnen zu sprechen.

Mein aufrichtiger Dank gilt auch der Leitung des Instituts für den
Donauraum und Mitteleuropa, ganz besonders dem Sektionschef
Herrn **Dr. Othmar Huber** und der Geschäftsführerin **Frau Dr. Susan
Milford**, die meinen heutigen Vortrag ermöglicht haben.

Ich freue mich, wieder in Wien zu sein. Ende des 20. / Anfang des 21.
Jahrhunderts hatte ich die Freude mein Land in Österreich als
Botschaftsrat für politische Angelegenheiten vertreten zu dürfen.
Danach arbeitete ich in verschiedenen Funktionen im
Präsidialsekretariat und im Außenministerium der Ukraine, sowie als
Gesandter und Botschaftsrat in Berlin. Seit Oktober des letzten Jahres
habe ich die Ehre das Amt des bilateralen Botschafters der Ukraine in
der Republik Österreich zu bekleiden.

Es ist eine Besonderheit, dass meine Kadenz als Botschafter mit einer rapiden Vertiefung der weltweiten **Finanz- und Wirtschaftskrise** begonnen hat, wodurch praktisch alle Länder, ungeachtet ihrer Größe und Stärke, heimgesucht wurden.

Die Ukraine wurde, wegen ihres hohen Integrationsgrades in die internationalen Finanz- und Wirtschaftsbeziehungen und der erheblichen Abhängigkeit ihrer Industrie und Kommunalsphäre von importierten Energieträgern, im Vergleich zu vielen anderen europäischen Staaten wohl am schwersten getroffen.

Die rapide Senkung der Weltmarktpreise für Erzeugnisse der Metallurgiebranche, die einen Löwenanteil ukrainischer Exporte ausmachen, und die wesentliche Preissteigerung für Erdgas verursachten innerhalb einer kurzen Zeitspanne eine erhebliche Reduzierung des Bruttoinlandsproduktes, eine hohe Inflationsrate (22,3%) und einen beinahe 35-prozentigen Wertverlust der nationalen Währung Hrywnja gegenüber dem US-Dollar.

Viele internationale Experten weisen in ihren Ukraine-Forschungen darauf hin, dass auch die innenpolitischen Spannungen in der Ukraine die Wirtschaftssituation negativ beeinflussen, ausländische Investoren fernhalten und eine weitere Tranche der IWF-Kredite verhindern können.

Dies ist, meines Erachtens, nur bedingt richtig. Trotz ihrer Meinungsverschiedenheiten arbeiten sowohl der Staatspräsident, als

auch die Ministerpräsidentin und das Parlament an der Lösung erstrangiger Aufgaben zur Bewältigung der Krise. Eine andere Frage ist es, inwieweit dieses Mitwirken von der Rivalität geprägt werden darf, die durch die künftigen Präsidentschaftswahlen in der Ukraine bedingt wird. Derzeit ist es notwendig, gemeinsam stärker an einem effektiven Krisenmanagement zu arbeiten.

Um so mehr, weil die Situation nach Meinung vieler Experten extrem, aber bei Ergreifung entsprechender Maßnahmen bei weitem nicht aussichtslos ist.

Die Ukraine gehört zu den Ländern, mit den weltweit niedrigsten staatlichen Außenschulden, etwa 12% des BIP und sie belegt nach diesem Parameter den 106. Platz unter 120 Staaten (CIA USA Factbook, 2008). Frankreich hat z.B. Außstände in der Höhe von 64% seines BIP, die Außenverschuldungen Japans übertreffen das BIP des Landes um das Anderthalbfache.

Die Staatsverschuldung der Ukraine beläuft sich zusammen mit der ersten IWF-Tranche in Höhe von 4,5 Milliarden USD auf Rund 19 Milliarden USD.

Eine IWF-Mission wird in nächster Zukunft in der Ukraine erwartet, um die Verhandlungen für die zweite Tranche fortzusetzen.

Die Außstände, die die Ukraine im laufenden Jahr begleichen muss, sind deutlich geringer als ihre Goldreserven.

Nach der Regelung des Gasstreites mit Russland und der Festlegung der Gaspreise wurde die Situation der ukrainischen Metallurgie- und Chemieunternehmen einigermaßen stabilisiert. Das alles sind günstige Faktoren, die für die Führung der Ukraine das Handlungsfeld zur Bekämpfung der Krise wesentlich erweitern.

Zusammenfassend möchte ich folgendes sagen: Wegen der heutigen Finanz- und Wirtschaftskrise werden mancherorts neue tarifliche und wirtschaftliche Hürden aufgebaut. Als Beispiel kann der Umstand angeführt werden, dass einige Banken die Zufuhr von Finanzressourcen an ihre Tochterstrukturen in anderen Ländern verweigern. Allerdings trifft das nicht auf Österreich zu. Der jüngste Besuch des Vizekanzlers und Finanzministers Dr. Josef Pröll in einer Reihe ost- und südosteuropäischer Länder, darunter auch in der Ukraine, demonstriert den guten Willen und die Bereitschaft der österreichischen Bundesregierung an der Behebung der Folgen der Finanzkrise aktiv zusammenzuarbeiten.

Und dennoch: Es kommt des Öfteren vor, dass eine Gesellschaft eine gewisse Ebene des Wohlstands und der Stabilität erreicht, ihre inneren Bedürfnisse im wesentlichen deckt und danach in die Versuchung gerät, sich innerhalb der eigenen Grenzen abzuschotten und sich von der Außenwelt abzugrenzen. Dabei spielt es keine besondere Rolle, wie diese Abgrenzung beschaffen ist – sei es eine sichtlich wahrnehmbare Mauer oder gar eine unsichtbare Trennlinie in Form von wirtschaftlichen und tariflichen Bestimmungen. Sie werden mir

Recht geben, dass solche Stimmungen recht deutliche Konturen in Europa haben. Dies ist durchaus verständlich, weil der Isolationismus größere Anziehungskraft ausübt. Er ist unkomplizierter und schafft in der Anfangszeit eine Illusion der Geborgenheit und der Prosperität. Doch unser Wissen um die Geschichte der Menschheit überzeugt uns davon, dass ein Überhandnehmen solcher Illusionen mehrere Zivilisationen zum Verfall geführt hat.

Es liegt doch auf der Hand, dass es in der heutigen globalen Welt kaum jemandem gelingt, allein aus der Finanzkrise herauszukommen und isoliert Prosperität zu erlangen. Die Welt stürzte in die gegenwärtige Krise beinahe gleichzeitig, und genauso gleichzeitig muss man herauskommen. Man darf nicht zulassen, dass die im Laufe von Jahrzehnten aufgebaute Kooperationsverbindungen zerstört werden. Heute muss man von mehr Integration und kollektiver Verantwortung reden, auf Isolation und Protektionismus verzichten und auf die Vertiefung der Zusammenarbeit und der gegenseitigen Verständigung hinarbeiten.

Mein nächstes Thema ist die **Energiesicherheit**. Der diesjährige Gasstreit zeigte, inwieweit wir alle in Europa voneinander abhängig sind. Ich habe keine Absicht heute auf die Details einzugehen und nochmals zu wiederholen, was allen aus verschiedenen Quellen oder Medien bekannt ist.

Das Problem kann für die Zukunft auf verschiedenen Wegen gelöst werden. Dazu gehören Diversifizierung, Energiesparmaßnahmen,

Entwicklung moderner Technologien für die Nutzung erneuerbarer Energiequellen und vieles mehr. Das ist die Zukunft und ich glaube, dass diese Schritte von Erfolg gekrönt sein können.

Heute haben es die Ukraine und Europa jedoch mit einem Monopolsystem der Gaslieferungen zu tun. Die jüngste Gaskrise hat gezeigt, dass die Europäische Union in Bezug auf die Monopollieferungen keine einheitliche Politik hat. Es heißt, dass es keinen unifizierten Preis für den Gastransit und selbst für das Erdgas in der EU gibt. Warum es so ist, bleibe dahingestellt.

Gelingt es eine gemeinsame Herangehensweise zur Lösung dieser Fragen zu finden, wird die politische Komponente aus dem System der Preisbildung für das Gas und seinen Transit in allen europäischen Länder entfernt. Wichtig ist, dass alle Interessenten in Europa und außerhalb des Kontinents in diesen Prozess involviert werden.

Nach der Gaskrise in Europa sind die Themen Diversifizierung sowie Suche nach neuen Energielieferanten und Transportwegen zum Thema Nummer eins geworden. Dabei geht es um den Bau alternativer Pipelines, insbesondere unter Umgehung des Territoriums der Ukraine. Es besteht kein Zweifel, dass der Bau neuer Leitungen und die Modernisierung des bestehenden Transitsystems, angesichts des steigenden Bedarfs an diesem fossilen Brennstoff in Europa, wichtig sind.

Ich meine aber, dass es einer tiefer greifenden Begründung bedarf, warum neue Pipelines das Territorium der Ukraine umgehen müssen. Hat jemand berechnet, was diese Vorhaben die Steuerzahler kosten werden, geschweige denn an die Umweltproblematik gedacht?

An dieser Stelle möchte ich betonen, dass die Ukraine ein zuverlässiges Erdgas- und Erdöltransitland für Europa war, ist und bleibt. Nicht die Ukraine hat mit der Gaskrise begonnen, im Gegenteil, sie hat diese Krise geregelt. Zweifelsohne wird dieser Problemkreis weiterhin diskutiert werden. In diesem Zusammenhang erwarten wir uns viel von den Ergebnissen der europäischen Energiesicherheitskonferenz, die am 23. März in Brüssel stattfinden wird.

Die Ukraine legt großen Wert auf den Ausbau der bilateralen Beziehungen zu **Russland** in allen für die Völker beider Länder wichtigen Bereichen auf den Prinzipien der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils. Die Ukraine misst der strategischen Partnerschaft zu Russland große Bedeutung bei. Zugleich ist die Ukraine seit mehr als 17 Jahren ein unabhängiger, souveräner Staat mit eigenen außen- und innenpolitischen Prioritäten sowie eigenen Vorstellungen für ihren weiteren Entwicklungsweg und Staatsaufbau. Unabänderlich bleibt der Kurs der Ukraine auf die Annäherung an die EU und die NATO, auf eine weitere Integration in die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Prozesse in Europa und in der Welt. Unsere Handlungen auf der internationalen Arena in Fragen der Sicherheit,

der Wirtschaft oder der Aufarbeitung der eigenen Geschichte, sind gegen kein anderes Land gerichtet. Und wir rechnen dabei mit dem Verständnis unserer russischen Partner.

Wenn einige sagen, die Ukraine und Russland würden auseinanderdriften, verschließen sie die Augen vor der Tatsache, dass Millionen von uns wirtschaftlich eng verbunden sind. In diesen Zeiten wirtschaftlicher Belastungen brauchen wir einander mehr, nicht weniger. Investitionen, Handel und Arbeitsplätze sind das, was uns heute zusammenhalten soll.

Meine sehr geehrte Damen und Herren,

ich vertrete die Ansicht, dass das moderne Europa im Bemühen, mehrere wichtige Fragen zu beantworten am Scheideweg steht. Es ist anzunehmen, dass die Beantwortung dieser Fragen für die Entwicklung des Kontinents in den kommenden Jahrzehnten ausschlaggebend sein kann. In welcher Richtung soll es weiter gehen? Soll die Erweiterung der EU fortgesetzt werden? Wo soll man nach Ressourcen für die weitere Entwicklung suchen? Wie sollen die Beziehungen zu Nachbarstaaten, zur Außenwelt gestaltet werden? Wo ist der Platz der Ukraine bei dieser Fragestellung?

Es gibt dafür wohl einen einzigen Weg, einen Weg der Offenheit und der Bereitschaft, einen radikalen Wandel herbeizuführen. Dieser Weg ist kompliziert, mit einem großen Kräfteaufwand verbunden, doch ist

dieser Weg , abgesehen von provisorischen Einbussen, historisch gesehen der einzig aussichtsreiche.

Wir alle wissen, wie viele skeptische Stellungnahmen hinsichtlich der Auswirkungen des EU-Beitritts ehemaliger Ostblockstaaten abgegeben wurden. Man hat beinahe einen Kollaps der europäischen Wirtschaft, die Überflutung westeuropäischer Staaten durch Auswanderer aus dem Osten und eine Erhöhung der Kriminalitätsrate prognostiziert. Ebenso wurden auch andere sozial-wirtschaftliche Unregelmäßigkeiten und politische Krisen vorhergesagt. Die Gegenwart überzeugt uns, dass sich derartige Prognosen als Mythen erwiesen haben. Es ist unumstritten, dass der EU wirtschaftlich schwächere Länder beigetreten sind, doch es unterliegt keinem Zweifel, dass das Gesamtpotenzial der EU unübersehbar gewachsen ist.

Rumänien und Bulgarien sind bereits beigetreten. Jetzt ist Kroatien an der Reihe. In meinem Verständnis gibt es keinen Zweifel, dass, dank der aktiven Politik der österreichischen Bundesregierung, nach einer gewissen Zeit auch die Staaten des westlichen Balkans der EU beitreten werden.

Soll die Aufnahme der von mir genannten Staaten einen Schlussstrich unter die Integration ziehen? Nein – ist die eindeutige Antwort darauf. Selbstredend geht es um die Ukraine. Mindestens zwei weiteren europäischen Staaten wurde eine EU-Mitgliedschaft in Aussicht

gestellt – Georgien und Moldawien. Vom Standpunkt der globalen Entwicklung aus gesehen, werden diese Länder zum geeinten Europa gehören. Dies soll und wird eine logische Folge des historisch bedingten Konsolidierungsprozesses auf unserem Kontinent sein:

Der zukünftige Zusammenschluss europäischer Staaten, die gemeinsame Werte und Bestrebungen verbinden, gegründet auf einheitlichen Standards der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und der Redefreiheit, die es ermöglichen werden, ein vollkommenes und lebensfähiges Haus Europa aufzubauen. Ich hoffe, es wird die Zeit kommen, dass auch Weißrussland zum Kreis dieser Staaten gehören wird.

Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass die Ukraine ausgerechnet das Land ist, das ein geeintes Europa wesentlich stärken und seinen bedeutenden Beitrag zu unserer gemeinsamen europäischen Sache leisten kann.

Die Ukraine ist ein Land mit einem für europäische Verhältnisse großen Territorium. Doch ihre geografischen Ausdehnungen bieten optimale Voraussetzungen im Sinne einer effizienten Verwaltung. Die Ukraine verfügt mit ihren Schwarzerdeböden über die weltweit besten Ackerflächen, Berge und Steppen, eine wunderbare Meeresküste. Sie liegt in einer für das menschliche Leben äußerst günstigen Klimazone.

Gemessen an der Bevölkerungszahl gehört die Ukraine zu den großen europäischen Staaten. Gleichzeitig sind die Ukrainer eine der

tolerantesten Nationen in Europa. Einer der wesentlichen Charakterzüge der Ukrainer ist die Toleranz gegenüber anderen Menschen. Als Bestätigung dafür gibt es in unserem multinationalen Land keine ethnischen Spannungen. Davon zeugt ebenfalls die Orange Revolution: Zu einer Zeit, wo soziale Spannungen ihren Höhepunkt zu erreichen schienen und Millionen Menschen in Kiew und in anderen Städten zu Protestkundgebungen auf die Strassen gingen, wurde in der Ukraine kein Tropfen Blut vergossen. Ich will damit hervorheben, dass die Ukrainer ein Volk sind, das sowohl in der Vergangenheit als auch in Zukunft für seine Nachbarn und für ganz Europa keine Probleme schafft. Ich kann nicht umhin auf das hohe Bildungsniveau der Ukrainer hinzuweisen. Gute Bildung war schon immer eine Prestigesache in der Ukraine. Es wird als Normalfall angesehen, wenn man über einen oder gar über mehrere Hochschulabschlüsse verfügt. Junge Ukrainer, die an den renommiertesten europäischen und weltweit bekannten Universitäten ihre Diplome erworben haben, sind keine Ausnahmeerscheinung.

Die Ukraine verfügt über ein leistungsfähiges wissenschaftliches Potenzial. Als eines der wenigen Länder der Welt, das über hochqualifizierte Forschungskräfte sowie ausreichende Ressourcen verfügt und aktiv an der Weltraumforschung teilnimmt, leistet die Ukraine ihren Beitrag zur internationalen und europäischen Entwicklung der Hochtechnologien.

Die Ukraine ist eine leistungsfähige Industrienation. Es sei darauf hingewiesen, dass das wirtschaftliche und das Forschungspotenzial der Ukraine in keinem Wettbewerb zu Europa

steht, sondern imstande ist, einen Mehrwert zu schaffen und einen gewichtigen Beitrag zur Stärkung des gesamteuropäischen Aufkommens zu leisten.

Die Ukraine ist aufs engste in die europäische energetische Sicherheit eingebunden. Magistrale Erdöl- und Erdgasleitungen, die durch die Ukraine verlaufen, versorgen Industriekapazitäten im EU-Raum. Die Eingliederung unseres Landes in ein geeintes Europa wird zur Sicherheit des Kontinents sowie zur Stabilität auf dem sensiblen Energieträgermarkt beitragen.

Und das Wichtigste: Unser Land ist ein demokratischer Staat im Sinne der europäischen Demokratietradition. Die abgehaltenen Parlamentswahlen sowie die Rede- und Pressefreiheit haben eindrucksvoll und unumstritten einen Beweis für den Sieg der Demokratie in der Ukraine erbracht. Diese Tatsache wurde von der internationalen Gemeinschaft und, was besonders wichtig ist, von der Europäischen Union anerkannt. Eines der primären politischen Ziele der heutigen Ukraine ist der Beitritt zur NATO.

Als Zusammenfassung dieser komprimierten Übersicht möchte ich betonen, dass eine potenzielle Mitgliedschaft unseres Landes in der EU keine vorübergehende Laune einzelner ukrainischer Politiker ist. Hierbei handelt es sich um einen natürlichen Werdegang in der historischen Entwicklung der Ukraine nach Erlangung ihrer Unabhängigkeit und der Bildung eines Staatswesens. Dies ist, um einen bildhaften Ausdruck zu gebrauchen, das zivilisatorische Paradigma der Ukraine.

Andererseits braucht Europa die Ukraine. Es freut mich, dass sich diese Erkenntnis von Jahr zu Jahr verstärkt im Bewusstsein der europäischen Bürger festsetzt. Wir werden in unseren Hoffnungen ebenso dadurch bestärkt, dass sich auch in politischen Kreisen Europas das Verständnis zunehmend durchsetzt, die europäischen Bestrebungen der Ukraine zu unterstützen und zu fördern.

In jüngster Zeit hat eine präzedenzlose Aktivierung unserer Zusammenarbeit mit der EU stattgefunden. Es ist keine Übertreibung, wenn wir feststellen, dass beide Seiten zur Vertiefung der bilateralen Zusammenarbeit mehr getan haben, als in den vergangenen zehn Jahren.

Doch am wichtigsten ist es, dass in letzter Zeit in den Beziehungen zwischen der Ukraine und der EU zum ersten Mal seit vielen Jahren ein überaus bedeutsamer Wirkungsfaktor in Erscheinung getreten ist - nämlich politisches Vertrauen.

Wir gehen pragmatisch an die Lösung strategischer Aufgaben heran. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, durch zielgerichtetes Vorankommen spürbare wirtschaftliche Fortschritte zu erreichen, die Ukraine an europäische Normen und Standards heranzuführen sowie Grundlagen für eine begründete Inanspruchnahme des EU-Beitritts zu schaffen.

Als Priorität unserer Beziehungen zur EU betrachten wir die Unterzeichnung eines neuen europäischen Abkommens, das auf den Grundsätzen der wirtschaftlichen Integration und der politischen Assoziation zwischen der Ukraine und der EU basieren wird. Dieses

Abkommen soll eine qualitativ neue rechtliche Grundlage für eine bilaterale Zusammenarbeit schaffen.

Die Fortschritte bei der Erfüllung politischer Prioritäten, der WTO-Beitritt der Ukraine, die Aufnahme von Verhandlungen über die Schaffung einer Freihandelszone zwischen der Ukraine und der EU, Verhandlungen zwecks Ausarbeitung eines neuen Abkommens und der Beitritt zur NATO – all das soll die Road Map unserer europäischen Integration für die nächste Zeit sein.

Eine erfolgreiche Umsetzung dieser Vorhaben sowie die Ausarbeitung und effiziente Erfüllung des Europäischen Assoziierungs-Abkommens können den Weg zur Aufnahme zu Beitrittsverhandlungen ebnen.

Natürlich stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage nach dem zeitlichen Rahmen dieses Prozesses.

Keine einfache Frage. Müsste die Ukraine diesen Weg im Alleingang meistern, dann wird sie viel mehr Zeit brauchen, als wenn die EU und ihre Mitglieder uns Unterstützung gewähren würden.

Sehr geehrte Damen und Herren,

es wird manchmal behauptet, die EU soll innehalten, sich von der übrigen, problembelasteten Welt abschotten, als ob man Demokratie, und allgemeingültige humane Werte auf geografischen Karten abgrenzen und durch Trennlinien abkapseln und so tun kann, als ob europäische Freiheiten bei Ukrainern, Georgiern, Moldauern, Weißrussen keinen Anklang finden würden.

Die Fehlerhaftigkeit solcher Prophezeiungen zu beweisen, ist eine Aufgabe der Ukrainer und wir werden diese Last nicht auf die Schulter der Europäer abladen. Wir werden diesen unumkehrbaren Weg weiter gehen. Wir hoffen sehr, dass die neue Ost-Politik (Ost-Partnerschaft) einen gemeinsamen Nenner mit der alten Ostpolitik haben wird - Einigung durch Annäherung und Demokratie.

Danke für die Aufmerksamkeit.